

Lutherischer Weltbund – eine Kirchengemeinschaft

150, route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2, Schweiz

Telefon: +41/22-791 61 11
Fax: +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org

Chefredakteurin

Karin Achtelstetter
ka@lutheranworld.org

Deutsche Ausgabe

Dirk-Michael Gröttsch
dmg@lutheranworld.org

Englische Ausgabe

Pauline Mumia
pmu@lutheranworld.org

Layout

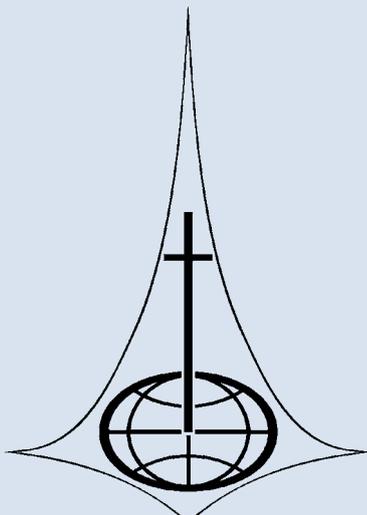
Stéphane Gallay
sga@lutheranworld.org

Vertrieb/Abonnement

Janet Bond-Nash
jbn@lutheranworld.org

Die Lutherische Welt-Information (LWI) wird
als Informationsdienst des Lutherischen
Weltbundes (LWB) herausgegeben.

Veröffentlichtes Material gibt, falls dies
nicht besonders vermerkt ist, nicht die
Haltung oder Meinung des LWB oder
seiner Arbeitseinheiten wieder. Die in der
Lutherischen Welt-Information mit „LWI“
gekennzeichneten Beiträge können kostenlos
mit Quellenangabe abgedruckt werden.



Kambodschas Minenfelder werden zu Obst- und Gemüsegärten



Eine Mitarbeiterin der Mines Advisory Group (MAG), einer Nichtregierungs-
organisation (NGO) mit Sitz in Grossbritannien, entschärft eine Landmine in
Kambodscha. Das Länderprogramm der Abteilung für Weltdienst (AWD) des
Lutherischen Weltbundes (LWB) arbeitet eng mit MAG zusammen und fördert
die Minenberäumung. © LWB/AWD-Kambodscha

(Siehe Seite 14)

Themen dieser Ausgabe

Ecuador: Regierung beteiligt LWB-Programm an Überprüfung von Auslandsschulden.....3

Die ecuadorianische Regierung hat die
lateinamerikanischen Mitgliedskirchen
des Lutherischen Weltbundes (LWB)
aufgrund ihres Programms zur illegitimen
Auslandsverschuldung eingeladen, sich an
der neu eingesetzten Kommission für die
Überprüfung der öffentlichen Schulden
Ecuadors (Comisión para la Auditoria Integral
del Crédito Público – CAIC) zu beteiligen...

Lutherisch-reformierte Dialoggruppe setzt Reflexion über Kirchenverständnis fort6

VertreterInnen des Lutherischen Weltbundes
(LWB) und des Reformierten Weltbundes (RWB)
haben sich für eine weitere Untersuchung des
Kirchenverständnisses aus der Sicht beider
Glaubensstraditionen ausgesprochen...

LWB-Generalsekretär Noko bekräftigt Afrikas multireligiöse Wirklichkeit.....8

Der Initiator der Interreligiösen
Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA)
und Generalsekretär des Lutherischen
Weltbundes (LWB), Pfr. Dr. Ishmael Noko, hat
die unterschiedlichen Glaubensstraditionen
in Afrika dazu aufgerufen, die multireligiöse
Wirklichkeit des Kontinents bewusst
wahrzunehmen...

„Aus Vertrauen Brücken bauen“ – 300 Jahre lutherischer Gottesdienst in Genf..... 16

Mit einem Jubiläumsfest hat die Evangelisch-
Lutherische Kirche in Genf Ende August/
Anfang September das Jubiläum „300 Jahre
lutherischer Gottesdienst in Genf“ begangen...

Aus dem Inhalt

Communio

- 3 Ecuador: Regierung beteiligt LWB-Programm an Überprüfung von Auslandsschulden
- 4..... Indisches Urteil gegen Pharmakonzern ist wichtiger Sieg für öffentliche Gesundheit

LWB-Sekretariat

- 6 Lutherisch-reformierte Dialoggruppe setzt Reflexion über Kirchenverständnis fort

Features & Themen

Zweite Tagung der IFAPA-Kommission in Tripolis

- 8 LWB-Generalsekretär Noko bekräftigt Afrikas multireligiöse Wirklichkeit
- 9 Unterschiedliche Mechanismen zur Schaffung von Gerechtigkeit in Afrika zusammenbringen
- 10..... ParlamentarierInnen wollen Zusammenarbeit für Frieden und Sicherheit in Afrika intensivieren
- 11 Afrikas Image wandelt sich
- 12..... Interreligiöse Konferenz endet mit Bekenntnis zu Heilung und Versöhnung
- 14..... FEATURE: Kambodschas Minenfelder werden zu Obst- und Gemüsegärten

Kurznachrichten

- 2..... LWB-Generalsekretär unterstreicht Beitrag von Minderheitskirchen
- 5 Jesse Klaas Kamstra neuer LWB-Vertreter in Burundi
- 5 LWB-Jugend betont Bedeutung des Dialogs für Ökumene
- 6 LWB setzt sich für Freilassung südkoreanischer Geiseln ein
- 7 Jean Mutamba neuer Leiter des LWB/AWD-Programms in Mosambik
- 7 Sylvia Raulo wird LWB/AWD-Vertreterin in Haiti und der Karibik
- 7 Philip Wijmans wechselt ins LWB/AWD-Keniaprogramm
- 16..... „Aus Vertrauen Brücken bauen“ – 300 Jahre lutherischer Gottesdienst in Genf

LWB-Generalsekretär unterstreicht Beitrag von Minderheitskirchen

Anlässlich des Besuchs von LeiterInnen europäischer lutherischer Minderheitskirchen in Genf hat der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfr. Dr. Ishmael Noko, den wichtigen personellen und theologischen Beitrag der Kirchen zur Arbeit des LWB gewürdigt. „Zahlenmässig mögen sie klein sein im Vergleich zu manchen grossen Volkskirchen in der lutherischen Kirchengemeinschaft ... aber sie bringen wesentliche Erfahrungen und Impulse ein“, so Noko Mitte August gegenüber den LeiterInnen von Minderheitskirchen aus Mittel- und Westeuropa.

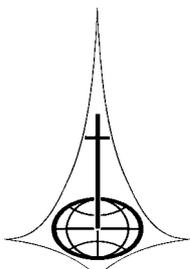
Der dreitägige Austausch der KirchenleiterInnen aus Frankreich, der Schweiz, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik und Ungarn untereinander und mit MitarbeiterInnen des Genfer LWB-Sekretariats brachte eine Vielfalt von Erfahrungen und aktivem ökumenischem Engagement zu Tage. Im Rahmen der von der LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung ausgerichteten Tagung diskutierte die Gruppe insbesondere die Herausforderungen der Zugehörigkeit zu einer Kirchengemeinschaft angesichts des modernen Kontexts. Thematisiert wurde weiterhin auch das LWB-Missionsdokument „Mission im Kontext: Verwandlung, Versöhnung, Bevollmächtigung. Ein Beitrag des LWB zu Verständnis und Praxis der Mission“.

Die KirchenleiterInnen würdigten im Blick auf die Frage der menschlichen Sexualität, einem der Hauptthemen bei der LWB-Ratstagung und KirchenleiterInnenkonferenz im



Hintere Reihe, von li. nach re.: LWB/AME-Direktor Pfr. Dr. Kjell Nordstokke, Generalbischof Dr. Miloš Klátik (Slowakische Republik), Pfr. Joël Dautheville (Frankreich), LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko, Bischof Dr. Stanislav Pietak (Tschechische Republik) und Bischof Dr. Tamás Fabiny (Ungarn). Vordere Reihe: LWB/AME-Europareferentin PfarrerIn Dr. Eva-Sibylle Vogel-Mfato (li.) und Dagmar Magold (Schweiz). © LWB/H. Putsman

März 2007 in Lund (Schweden), den behutsamen und auf Dialog ausgerichteten Umgang des LWB mit einem Thema, das nach ihrer Einschätzung in allen Kirchen und auf allen Ebenen mit dem Potenzial zur Spaltung behaftet sei. Weiterhin drängten die KirchenleiterInnen auf ein aktives Vorgehen gegen die „besorgniserregende Entwicklung“ des Menschenhandels zum Zweck der Zwangsprostitution sowie der Erniedrigung und Ausbeutung von Frauen in der Sexindustrie.



Ecuador: Regierung beteiligt LWB-Programm an Überprüfung von Auslandsschulden

Initiative der ecuadorianischen Regierung stellt einen Meilenstein dar

Quito (Ecuador)/Genf, 10. August 2007 (LWI) – Die ecuadorianische Regierung hat die lateinamerikanischen Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes (LWB) aufgrund ihres Programms zur illegitimen Auslandsverschuldung eingeladen, sich an der neu eingesetzten Kommission für die Überprüfung der öffentlichen Schulden Ecuadors (Comisión para la Auditoria Integral del Crédito Público – CAIC) zu beteiligen.



Dr. Alejandro Olmos Gaona (sitzend am li. Bildrand) vertritt das LWB-Programm zu illegitimen Schulden und trägt sich als Gründungsmitglied der Kommission ein. © Privat

Die vom ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa Anfang Juli ins Leben gerufene Kommission soll alle öffentlichen Kredite des lateinamerikanischen Landes zwischen 1976 und 2006 überprüfen und dabei unter anderem die Verträge, deren Bedingungen und tatsächliche Umsetzung, die vereinbarte Höhe der Kredite, die nachträglichen Veränderungen der Kreditkonditionen sowie die vertraglich vereinbarte Bestimmung der Kredite und deren tatsächliche Anwendung überprüfen.

Die ecuadorianische Regierung garantiert der Kommission das Recht auf Zugang zu allen relevanten Informationen und ordnet an, dass sämtliche Einrichtungen des öffentlichen Dienstes verpflichtet sind, diesen Zugang zu gewährleisten. Das Dekret von Präsident Correa vom 5. Juli schreibt fest, dass in der Kommission international anerkannte und fachlich kompetente Initiativen mitarbeiten sollen. Die Kommission steht unter dem Vorsitz des ecuadorianischen Wirtschaftsministers Fausto Ortiz de la Cadena.

Die konstituierende Sitzung der Kommission fand am 24. Juli in der ecuadorianischen Hafenstadt Guayaquil statt. Das LWB-Programm zur illegitimen Auslandsverschuldung wurde durch den argentinischen Spezialisten Dr. Alejandro Olmos Gaona ver-

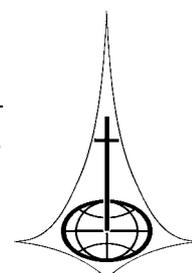
treten. Aufgrund seiner grossen Erfahrung im Bereich Schuldenüberprüfung, insbesondere in Argentinien, aber auch wegen seiner reichen Kenntnisse der juristischen Aspekte der Auslandsverschuldung, wurde Olmos zum Vorsitzenden der juristischen Arbeitskommission ernannt. Zudem erhielt er den Auftrag, den sogenannten Brady-Plan zu untersuchen und die sich daraus ergebende Ausgabe von Anleihen durch die ecuadorianische Regierung zu prüfen.

Die Initiative der ecuadorianischen Regierung stelle einen Meilenstein dar, betonten die in Argentinien ansässigen Verantwortlichen des LWB-Programms zur illegitimen Auslandsverschuldung, Pfr. Ángel F. Furlan, ehemaliger Präsident der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (IELU) mit Sitz in Argentinien, und Pfr. Juan Pedro Schaad, ehemaliger Präsident der Evangelischen Kirche am La Plata (IERP) mit Sitz in Argentinien, Anfang August in einem Kommuniké zur Einberufung der Kommission. Zum ersten Mal in den vergangenen 50 Jahren habe eine Regierung die Entscheidung getroffen, eine komplette Überprüfung seiner öffentlichen Verschuldung durchzuführen, um deren Legitimität und Legalität zu bestimmen.

„Was wir als Kirchen der regionalen Gemeinschaft im Blick auf die Auslandsverschuldung über Jahre hinweg dargelegt haben, wird nicht nur durch den souveränen Entschluss der ecuadorianischen Regierung bestätigt, sondern untermauert auch unsere Forderung, dass jede illegitime Auslandsverschuldung annulliert werden muss“, so Furlan und Schaad in ihrer Erklärung.

Zufrieden äusserte sich auch der Direktor der LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung (AME), Pfr. Dr. Kjell Nordstokke, über die Tatsache, dass die weltweite Gemeinschaft von LWB-Mitgliedskirchen den Aufschrei der lateinamerikanischen Kirchen während der LWB-Vollversammlung im Juli 2003 im kanadischen Winnipeg wahrgenommen und sie daraufhin im Rahmen der AME-Arbeit unterstützt habe, um ihr Anliegen weiter zu verfolgen. „Die Kirchen haben ihren prophetischen Aufschrei in konkrete Aktionen umgesetzt und sind heute an entsprechenden Prozessen beteiligt, um die Missstände im internationalen Kreditwesen zu überwinden. An dieser Entwicklung wird deutlich, wie wir den Begriff der prophetischen Diakonie ausfüllen und zur praktischen Anwendung führen können.“

Seit 2004 unterhalten die lateinamerikanischen LWB-Mitgliedskirchen ein anwaltschaftliches Programm,



das sich mit der Illegitimität von Auslandsschulden in Lateinamerika und der Karibik auseinandersetzt. Das Programm wird von der AME unterstützt und auf lokaler Ebene koordiniert. Es hat zum Ziel, sowohl in Entwicklungsländern als auch in Industrieländern das Bewusstsein für die Illegitimität von Auslandsschulden auf den verschiedenen kirchlichen Ebenen zu schärfen.

Im Juli 2003 hatten die Delegierten der Zehnten LWB-Vollversammlung in einer Öffentlichen Erklärung zu illegitimen Schulden festgestellt, dass die Schuldenlast „ein Haupthindernis für die Überwindung der

Armut und die Verwirklichung der Grundrechte aller Menschen“ sei. Die Internationalen Finanzinstitutionen und „die mächtigen Nationen der Welt“ wurden aufgefordert, die Verantwortung zu übernehmen für die „schlechte Politik, die schlechten Entscheidungen und Vorgehensweisen, die zur gegenwärtigen Schuldenkrise geführt haben“. Weiterhin stellten die Vollversammlungsdelegierten fest, dass es dringend notwendig sei, „auf internationaler Ebene Mechanismen zu entwickeln, um Möglichkeiten eines auf Gerechtigkeit ausgerichteten Schuldenmanagements zu finden“.

Indisches Urteil gegen Pharmakonzern ist wichtiger Sieg für öffentliche Gesundheit

LWB-Führung begrüsst Urteil im Fall Novartis

Genf, 10. August 2007 (LWI) – Leitende Repräsentanten des Lutherischen Weltbundes (LWB) teilen die Einschätzung verschiedener Hilfswerke und anwaltschaftlicher Organisationen, die das Urteil eines indischen Gerichts gegen den Schweizer Pharmagiganten Novartis als wichtigen Sieg für die weltweite öffentliche Gesundheit bewerten.

„Die Entscheidung wird die besondere Rolle Indiens als Hauptanbieter für erschwingliche Medikamente schützen“, so das Globale Ökumenische Aktionsbündnis (EAA) in einer gemeinsamen Erklärung mit CARE International und Oxfam International, die am Montag, 6. August, veröffentlicht wurde. Das EAA ist ein in Genf beheimateter Zusammenschluss kirchlicher Gruppen und Institutionen, der sich für den verbesserten Zugang zu effektiver Prävention und Behandlung von HIV und AIDS einsetzt und an dem auch der Lutherische Weltbund (LWB) beteiligt ist. Die Organisationen begrüßten ebenfalls eine erste Erklärung von Novartis vom Montag, das Urteil vermutlich nicht anzufechten.

Laut EAA hatte der Schweizer Konzern beim obersten Gerichtshof in Indien gegen die Entscheidung des indischen Patentamts, das Patent auf ein Krebspräparat von Novartis zu verweigern, Klage eingereicht mit der Begründung, das indische Patentrecht sei nicht rechens. Das Medikament Glivec sei abgelehnt worden, weil es lediglich ein bereits bekanntes Präparat mit minimalen Änderungen gewesen sei, was nach indischem Recht nicht habe patentiert werden können, so das EAA in einer Presseerklärung. In der Urteilsbegründung zur Klage von Novartis habe das indische Gericht dargelegt, dass es keinerlei Kompetenz habe, über die Vereinbarkeit indischen Rechts mit den Bestimmungen über geistiges Eigentum der Welthandelsorganisation (WTO) zu entscheiden.

Eine weltweite zivilgesellschaftliche Kampagne hatte nahezu eine halbe Millionen Menschen mobilisiert, Novartis aufzufordern, die Klage gegen die Patententscheidung

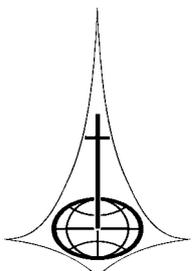


Der Zugang zu AIDS-Medikamenten ist eines der Hauptthemen der anwaltschaftlichen Arbeit des Globalen Ökumenischen Aktionsbündnisses (EAA), unter anderem auch auf der Internationalen AIDS-Konferenz (IAK) im August 2006 in Toronto (Kanada). Das Foto zeigt Teilnehmende der IAK-Demonstration von Frauen und Mädchen. © EAA/M. Engle

zurückzunehmen. Das EAA hatte Kirchenleitende zur Teilnahme an der Kampagne aufgerufen. EAA-Koordinatorin Linda Hartke erklärte: „Dies ist ein Sieg für alle, die der Meinung sind, dass im Gesundheitswesen die Menschen wichtiger sind als der Profit.“

Bischof Mark S. Hanson, LWB-Präsident und Leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika, begrüßte das Urteil: „Noch wichtiger als die Entscheidung in diesem bestimmten Fall ist das Prinzip, das hier durchgesetzt wird: Patente müssen in einer Art und Weise vergeben werden, die öffentliche Gesundheit und wirkliche Innovation miteinander vereinbart.“

LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko merkte an: „Die Hauptsache für uns ist der Zugang zu grundlegenden Medikamenten für alle – besonders für Menschen, die in Armut leben und so für Krankheiten und gesundheitliche Probleme anfälliger sind. Dieses Urteil ist ein Schritt vorwärts bei der Bekräftigung bestehender Einschränkungen im Patentschutz, die viele Medikamente erschwinglich machen. Aber wir müssen noch weiter gehen und für wichtige Medikamente Alternativen zum gegenwärtigen System entwickeln.“



Laut der Erklärung der Hilfswerke ist das Urteil eine klare Botschaft an Novartis und die Pharmaindustrie, das Recht der Entwicklungsländer auf die Anwendung der WTO/TRIPS-Mechanismen (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums) zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und des geistigen Eigentums gleichermaßen zu respektieren.

„Die Entscheidung hätte sich eventuell auf die Herstellung Tausender günstiger Nachahmerprodukte in Indien ausgewirkt“, so die EAA-Presseerklärung. Als „Apotheke der Entwicklungsländer“ stelle Indien den Grossteil der erschwinglichen Generika für Entwicklungsländer her, in denen die patentierten Medikamente für die meisten Menschen unerreichbar seien.

Mehr als zwei Drittel der Nachahmerprodukte aus Indien würden in diesen Ländern zu einem Bruchteil des Preises patentierter Markenmedikamente ver-

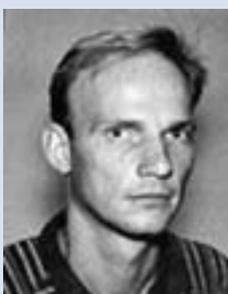
kauft, so die Hilfswerke in ihrer Erklärung. „Die Klage von Novartis war eine enorme Gefahr für Millionen Menschen in Entwicklungsländern, die an Krebs, HIV und AIDS, Diabetes oder anderen Krankheiten leiden und sich die teuren patentierten Medikamente nicht leisten können.“

In ihrer Erklärung rufen CARE, Oxfam und EAA den Pharmagiganten Novartis dazu auf, weiterhin Schritte zu unternehmen, um den Zugang zu Medikamenten in Entwicklungsländern zu gewährleisten, Forschung und Entwicklung für vernachlässigte Krankheiten zu fördern sowie ein angemessenes Gleichgewicht zwischen dem Schutz der öffentlichen Gesundheit in Entwicklungsländern und geistigen Eigentumsrechten zu finden.

Eine Berufung gegen die Entscheidung des indischen Patentamts ist weiterhin beim indischen Berufungsgericht zum geistigen Eigentum anhängig.

Jesse Klaas Kamstra neuer LWB-Vertreter in Burundi

Seit Anfang Oktober ist **Jesse Klaas H. Kamstra** Leiter des vor kurzem neu eingerichteten Burundi-Programms der Abteilung für Weltdienst (AWD) des Lutherischen Weltbundes (LWB). Der 38-jährige Niederländer arbeitete zuvor elf Jahre beim Christlichen Flüchtlingsdienst von Tanganjika (Tanganyika Christian Refugee Service – TCRS), dem mit der AWD assoziierten Programm in Tansania.



Jesse Kamstra.
© Privat

Seit 2001 war Kamstra beim TCRS Koordinator für das Flüchtlingsprogramm im Bezirk Kibondo im Westen des Landes. Von 1997 bis 2000 trug er die Verantwortung für die Logistik der vom TCRS verwalteten Flüchtlingslager in Kibondo. Zuvor war Kamstra ein Jahr lang für die Workshops des Programms im nordwestlichen Bezirk Karagwe zuständig. Er gehörte den Teams an, die im Auftrag von LWB/AWD und ihren Partnern die Situation in Flüchtlingslagern und Ansiedlungsgebieten von RückkehrerInnen in Dadaab (Ostkenia), im Südsudan, in Goma (Osten der Demokratischen Republik Kongo) und Eritrea bewerteten. Von 1994 bis 1996 arbeitete er in Karag-

we als Logistikerreferent für die niederländische Entwicklungsorganisation Cordaid.

Kamstra erwarb an der LeTourneau University in Longview (Texas, USA) einen Bachelor-Abschluss in Betriebswirtschaftslehre (1992) sowie einen Associate-Titel in Automobil- und Maschinentechnik. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Die Vorbereitungen zur Einrichtung des LWB/AWD-Programmbüros in der burundischen Hauptstadt Bujumbura begannen 2006. Der ökumenische Partner vor Ort, der Nationale Kirchenrat von Burundi, war eng in die Vorbereitungen eingebunden. Hauptziel des Programms ist die Begleitung und Wiederansiedlung von Flüchtlingen, die aus Lagern im Westen Tansanias zurückkehren. Der Arbeitsplan für 2008 bis 2010 umfasst Bildungsmaßnahmen, Bewusstseinsbildung und Anwaltschaft, Wiedergewinnung der Lebensgrundlagen und die Schaffung der nötigen Infrastruktur in den Gemeinwesen. Anhand der sich ergebenden Lage vor Ort sollen die Prioritäten weiter an den Bedarf angepasst werden.

LWB-Jugend betont Bedeutung des Dialogs für Ökumene

Zwei junge Erwachsene haben den Lutherischen Weltbund (LWB) bei der zweiten internationalen Konferenz der orthodoxen Jugend 2007 in Istanbul (Türkei) vertreten. Sie betonten dort die wesentliche Bedeutung des Dialogs zwischen jungen ChristInnen für das Wachstum der Ökumene.

Yegnawoin Ebebe Kebede von der Äthiopischen Evangelischen Kirche Mekane Yesus (ÄEKMY) erklärte, die Teilnahme an der Konferenz als Vertreterin des LWB habe ihr die Motivation junger Orthodoxer nahegebracht, „zu ihrer [Glaubens]Tradition zu stehen und gleichzeitig zum Dialog mit anderen christlichen Konfessionen bereit zu sein“.

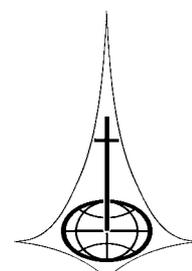
Inka Lindroos von der Evangelisch-Lutherischen Kirche Finnlands (ELKF) betonte, LutheranerInnen an orthodoxen Veranstaltungen teilnehmen zu lassen und orthodoxe BeobachterInnen zu internationalen und nationalen Tagungen der

lutherischen Gemeinschaft einzuladen, biete eine Möglichkeit zur Beseitigung von Missverständnissen auf beiden Seiten.

Der Jugendreferent der LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung (AME), Pfr. Roger Schmidt, der die Teilnahme der Lutheranerinnen an der Konferenz koordiniert hatte, bekräftigte, „damit die Ökumene wirklich mit Leben erfüllt wird, braucht sie junge Menschen, die zusammenkommen, um miteinander zu diskutieren und zu feiern“.

Die Konferenz hauptsächlich orthodoxer junger Menschen fand im Juli statt. Sie war vom Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel organisiert worden, das auch VertreterInnen anderer christlicher Traditionen eingeladen hatte.

Mehr Informationen zu den lutherisch-orthodoxen Beziehungen finden Sie unter: www.lutheranworld.org/Arbeitsfelder/Boea/Bilateral_Relations/BOEA-Luth-Orth.html



Lutherisch-reformierte Dialoggruppe setzt Reflexion über Kirchenverständnis fort

Gemeinsame lutherisch-reformierte Kommission zu Gast in Namibia

Windhoek (Namibia)/Genf, 8. September 2007 (LWI) – VertreterInnen des Lutherischen Weltbundes (LWB) und des Reformierten Weltbundes (RWB) haben sich für eine weitere Untersuchung des Kirchenverständnisses aus der Sicht beider Glaubensstraditionen ausgesprochen. Diesen Beschluss trafen die Mitglieder der Gemeinsamen lutherisch-reformierten Kommission auf ihrer zweiten Tagung vom 11. bis 17. August, die vom LWB in Zusammenarbeit mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Republik Namibia (ELKRN) in Windhoek (Namibia) ausgerichtet wurde.

Im Mittelpunkt der Tagung standen Referate über die Bedeutung und Autorität der Bekenntnisse in der lutherischen und reformierten Tradition. Die Teilnehmenden beschlossen, auf der nächsten Tagung bereits bestehende zwischenkirchliche Vereinbarungen zu prüfen. Ziel ist es, den Kirchen zusätzliche Wege aufzuzeigen, wie sie die Gemeinschaft, die unter ihnen bereits besteht, zum Ausdruck bringen und leben können.

Auf der Tagung in Namibia wurden die Gespräche fortgesetzt, die auf der ersten Tagung im Juli 2006 in Utrecht (Niederlande) begonnen hatten. Auf der ersten Tagung hatte die Gruppe die Ausrufung des „Status confessionis“ angesichts des Rassismus zur Zeit der Apartheid als zentrales Ereignis im Leben des LWB wie auch des RWB identifiziert und beschlossen, die zweite Tagung im südlichen Afrika abzuhalten. Sechs leitende VertreterInnen südafrikanischer Kirchen nahmen zeitweise an der Tagung der Kommission teil, um über Leben und Zeugnis ihrer Gemeinschaften in diesem Zusammenhang zu sprechen.

Zu den Gästen gehörte Bischof Dieter R. Lilje von der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Südlichen Afrika (N-T), die von deutschen LutheranerInnen gegründet und geprägt wurde. Bischof Lilje beschäftigte sich mit Fragen der theologischen Identität seiner Kirche, die in einer Zeit, in der diese zunehmend vielsprachig und multikulturell wird, an Bedeutung gewinnen.

Pfr. Dr. Allan Boesak, ehemaliger RWB-Präsident, verwies auf das „einzigartige Gelegenheitsfenster“, das gegenwärtig bestehe und zu neuen Anstrengungen ermutige, die theologische und strukturelle Einheit unter den Kirchen zu stärken, da diese angesichts der neuen Herausforderungen, vor denen sie seit der Einführung der Demokratie stehen, noch ihren Weg suchen.

Boesak schloss sich damit dem Appell von Bischof Joe Ramaphapa und Bischof Ndanganeni Phaswana von der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Südlichen Afrika an, die die Kommission aufforderten, ihre intensive theologische Reflexion mit der Untersuchung der Auswirkungen ihrer Arbeit auf allen Ebenen der Mission der Kirchen zu verbinden. Die Diskussion über Formen des christlichen Zeugnisses, die sowohl „reformatorisch“ seien als auch dem afrikanischen Kontext gerecht würden, halfen der Kommission, über ihre eigene Aufgabe, Kirchen der lutherischen und reformierten Kirchenfamilie überall der Welt zu helfen, nachzudenken.

Die Kommissionsmitglieder hörten auch einen Bericht über ein Pilotprojekt, das von der ELKRN unterstützt wird und die Einführung eines Grundeinkommens (Basic Income Grant, BIG) anstrebt. Dieses Projekt zielt darauf ab, einen Beitrag zum Kampf gegen die Armut in Namibia zu leisten und die Entwicklung des Landes voranzutreiben. Leiter der BIG-Initiative ist Dr. Zephania Kameeta, Bischof der ELKRN und LWB-Vizepräsident für die Region Afrika.

LWB und RWB führen seit Beginn der 1980er Jahre formelle Gespräche auf internationaler Ebene.

Die Ko-Vorsitzenden der Kommission sind der lutherische Bischof em. Dr. Július Filo (Slowakische Republik) und die reformierte Pfarrerin Dr. Anna Case-Winters (USA). Der RWB wird Gastgeber der nächsten Tagung im Oktober 2008 sein.

Das Kommuniké der Tagung finden Sie in englischer Sprache unter: www.lutheranworld.org/LWF_Documents/Luth-Ref_Communique-Aug_2007.pdf

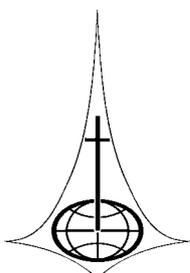
LWB setzt sich für Freilassung südkoreanischer Geiseln ein

Im August dieses Jahres hat der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfr. Dr. Ishmael Noko, die internationale Staatengemeinschaft dazu aufgerufen, Bemühungen der Regierung Südkoreas zur sicheren Freilassung der zum damaligen Zeitpunkt von den radikalislamischen Taliban in Afghanistan festgehaltenen südkoreanischen Geiseln zu unterstützen.

„Diese Krise sollte durch Verhandlungen gelöst werden und nicht durch militärische oder andere Mittel, die das Leben der Geiseln weiter in Gefahr bringen würden“, so Noko in einer am 13. August veröffentlichten Erklärung.

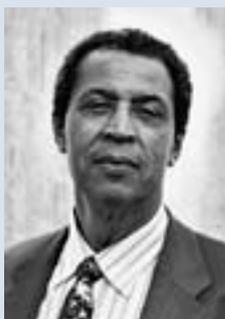
Die Gruppe von ursprünglich 23 ChristInnen war Ende Juli von radikalislamischen Taliban überfallen und verschleppt worden. Die Entführer erschossen zwei ihrer Geiseln. Mitte August wurden zwei Frauen freigelassen. Ende August kamen die verbleibenden 19 Geiseln frei, nachdem Südkorea zugesagt hatte, seine 200 Mitglieder der internationalen Schutztruppe ISAF bis Ende des Jahres abziehen und die missionarische Tätigkeit seiner BürgerInnen in Afghanistan zu unterbinden.

Den vollen Wortlaut der Erklärung von LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko finden Sie unter: www.lutheranworld.org/News/LWI/DE/2168.DE.html



Jean Mutamba neuer Leiter des LWB/AWD-Programms in Mosambik

Seit Anfang Oktober ist **Jean L. Mutamba** Vertreter der Abteilung für Weltdienst (AWD) des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Mosambik und leitet das AWD-Länderprogramm. Der 57-jährige Schweizer ist seit über 30 Jahren im Bereich humanitäre Hilfe und Entwicklung tätig und hat in zwölf afrikanischen Ländern gearbeitet. Mutamba tritt die Nachfolge von Philip Wijmans an, der im August 2007 zum AWD-Keniaprogramm wechselte.



Jean Mutamba.
© LWB/H. Putsman

Zuletzt war Mutamba für die Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) tätig, die ihn 2006 als Programmbeauftragten für das Welternährungsprogramm nach Guinea entsandte sowie von 2001 bis 2005 als Leiter des Kooperationsbüros für die Region der Grossen Seen (mit Sitz in Burundi) einsetzte.

Bereits 2001 war Mutamba von März bis September für den LWB tätig und arbeitete für das AWD-Mosambikprogramm als Projektkoordinator in der Provinz Tete im Westen des Landes.

Zwischen 1997 und 2000 war er Programmkoordinator der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Tansania. 1994/95 war er ein Jahr lang als Länderverantwortlicher in Ruanda für das österreichische Beratungsunternehmen TBW tätig, das im Bereich Wasser, Energie und Umwelt arbeitet. Zwischen 1988 und 1994 leitete er für die österreichische Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (Austroprojekt) das Büro in Burundi. Von 1980 bis 1986 war Mutamba für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit als technischer

Berater in Kamerun und Guinea-Bissau tätig, von 1977 bis 1980 leitete er für SWISSAID, ein Schweizer Hilfswerk, landwirtschaftliche Ausbildungszentren im Tschad.

Der Agrarwissenschaftler ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

Weitere Informationen zum LWB/AWD-Länderprogramm in Mosambik finden Sie unter: www.lwfmzambique.org.mz

Sylvia Raulo wird LWB/AWD-Vertreterin in Haiti und der Karibik

Sylvia T. Raulo leitet seit Anfang September das Haiti/Karibik-Programm der Abteilung für Weltdienst (AWD) des Lutherischen Weltbundes (LWB). Die 46-jährige Finnin ist Nachfolgerin von Michael Kuehn, der die Leitung des Programms von 1999 bis Anfang 2007 innehatte.



Sylvia T. Raulo.
© Privat

Vor dem Wechsel nach Port-au-Prince (Haiti) war Raulo von 1991 bis Mitte 2007 bei FinnChurchAid (FCA), dem Nothilfe- und Entwicklungswerk der Evangelisch-Lutherischen Kirche Finnlands (ELKF), tätig; unter anderem als Leiterin des Teams für Grundsatzfragen sowie als Programmreferentin für Entwicklungshilfe für den Nahen Osten, Lateinamerika und die Karibik, für die Russische Föderation und die Gemeinschaft unabhängiger Staaten sowie zuständig für die Beziehungen

zum Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) in Genf. 2004 wirkte sie als Beraterin in der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (CCIA) des ÖRK mit. 1996 nahm sie beim Hilfswerk der Schwedischen Kirche Lutherhjälpn interimsmässig die Funktion der Europareferentin wahr.

Raulo wirkte in LWB/AWD-Evaluierungsteams mit, die die Arbeit der Länderprogramme in der Russischen Föderation, in El Salvador, Guatemala, Haiti und in der Dominikanischen Republik prüften. 1990 nahm Sie als Jugenddelegierte der ELKF an der Achten LWB-Vollversammlung in

Curitiba (Brasilien) teil.

Weitere Informationen über die Arbeit des Haiti/Karibik-Programms finden Sie unter: www.lwf-haiti.org

Philip Wijmans wechselt ins LWB/AWD-Keniaprogramm

Philip Wijmans, der von 1999 bis Mitte 2007 das Länderprogramm der Abteilung für Weltdienst (AWD) des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Mosambik leitete, ist seit August dieses Jahres neuer Ländervertreter des LWB in Kenia sowie Leiter des AWD-Länderprogramms.



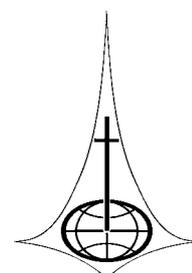
Philip Wijmans.
© LWB

Der 59-jährige Niederländer war LWB/AWD-Vertreter in Kambodscha (1994 bis 1998) sowie in Swasiland (1991 bis 1994). Von 1987 bis 1991 war er im Rahmen einer Vereinbarung zwischen AWD, der Regierung von Swasiland und dem UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) als Projektkoordinator für die Aktivitäten in den Wiederansiedlungsgebieten für Flüchtlinge verantwortlich. Von 1982 bis 1987 lehrte Wijmans Geflügelhaltung am Barneveld

College (Niederlande). Zwischen 1977 und 1981 war er Projektreferent und Programmverantwortlicher für die Wiederansiedlung von Flüchtlingen beim Christlichen Flüchtlingsdienst von Tanganjika. Von 1969 bis 1979 war Wijmans in Sambia tätig, unter anderem als Lehrer für Agronomie an einer Sekundarschule in Pemba im Süden des Landes. In dieser Zeit wirkte er im Rahmen eines niederländischen Freiwilligenprogramms in der Provinz Luapula auch an der landwirtschaftlichen Weiterbildung und Beratung mit.

Wijmans studierte Landwirtschaft in den Niederlanden. Er ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder.

Weitere Informationen zum LWB/AWD-Länderprogramm in Kenia finden Sie unter: www.lwfkenyasudan.org



LWB-Generalsekretär Noko bekräftigt Afrikas multireligiöse Wirklichkeit

Interreligiöse Kommission im libyschen Tripolis

Tripolis (Libyen)/Genf, 31. August 2007 (LWI) – Der Initiator der Interreligiösen Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA) und Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfr. Dr. Ishmael Noko, hat die unterschiedlichen Glaubenstraditionen in Afrika dazu aufgerufen, die multireligiöse Wirklichkeit des Kontinents bewusst wahrzunehmen. Eine Sichtweise, die diese Realität nicht berücksichtige, werde unweigerlich zu Spannungen führen, warnte Noko.

„Alle Glaubenstraditionen haben die Tendenz, den Kontinent ausschliesslich aus ihrer eigenen Glaubensperspektive heraus zu sehen, statt die multireligiöse Wirklichkeit Afrikas im Blick zu haben. Afrika nicht in der richtigen Perspektive zu sehen, führt zwangsläufig zu Spannungen und Instabilität“, erklärte Noko vor leitenden ReligionsvertreterInnen anlässlich der Eröffnung der Zweiten Tagung der IFAPA-Kommission am 27. August in der libyschen Hauptstadt Tripolis.

Die Mitglieder der IFAPA-Kommission, der VertreterInnen der sieben Glaubenstraditionen des Kontinents – Afrikanische traditionelle Religion, Bahaismus, Buddhismus, Christentum, Hinduismus, Islam und Judentum – angehören, kamen vom 27. bis 30. August in dem nordafrikanischen Land zusammen, um Berichte des Sekretariats des panafrikanischen interreligiösen Netzwerks entgegenzunehmen. Die Teilnehmenden beschäftigten sich ebenfalls mit der bisher geleisteten Arbeit und den zukünftigen Schwerpunkten der IFAPA. Ferner nahmen sie einen Bericht des neu eingerichteten IFAPA-Frauenreferats entgegen.

Die Tagung in Tripolis wurde von der Union der Muslimischen Räte für Ost-, Zentral- und Südafrika mit Unterstützung der World Islamic Call Society ausgerichtet.



LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko spricht zu den Kommissionsmitgliedern. © LWB/F. Nzwilli



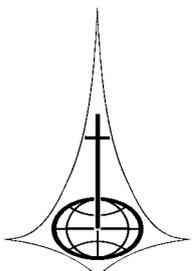
RepräsentantInnen der in Afrika vertretenen Religionsgemeinschaften treffen sich zum Gebet auf der Tagung der IFAPA-Kommission in Tripolis (Libyen). © LWB/F. Nzwilli

Es war das zweite Treffen der Kommission, die im Juni 2006 eingesetzt wurde, um das Ziel der IFAPA, leitende afrikanische ReligionsvertreterInnen in interreligiöse friedensstiftende Initiativen auf dem Kontinent einzubinden, zu unterstützen. Noko leitet die IFAPA-Initiative, die im Oktober 2002 in Johannesburg (Südafrika) ins Leben gerufen wurde, um den Frieden auf dem Kontinent zu stärken. Die IFAPA-Kommission unterstützt die Arbeit des Netzwerks auf afrikanischer wie auch auf internationaler Ebene.

Der LWB-Generalsekretär erklärte in Gegenwart von DiplomatInnen und VertreterInnen der libyschen Regierung, die Kommission setze sich für ein friedliches Afrika ein, in dem jeder die Tradition des anderen respektiere und für friedliche Koexistenz eintrete.

Sie hätten erkannt, betonte der IFAPA-Initiator, der selbst lutherischer Pfarrer aus Simbabwe ist, dass die AfrikanerInnen es allzu oft zugelassen hätten, von den Konfliktparteien für ihre Zwecke missbraucht zu werden. „Wenn es etwas gibt, das Afrika niemals importieren kann, dann ist es Frieden.“

Zu den nennenswerten Erfolgen der IFAPA, so Noko, gehöre ein Besuch im Sudan Anfang 2007, bei dem die Delegationsmitglieder mit VertreterInnen der Regierung in Khartum und der südsudanesischen Regierung sensible Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung des umfassenden Friedensabkommens (CPA) vom Januar 2005 angesprochen hätten. Ferner sei die Frage des grenzüberschreitenden Konflikts mit der nordugandischen „Widerstandsarmee des Herrn“ (The Lord's Resistance Army, LRA) Gegenstand von Gesprächen gewesen. Noko lobte die traditionellen Konfliktlösungs-





Dr. Muhamed Ahmed Sherif, Generalsekretär der World Islamic Call Society, begrüsst die interreligiöse Delegation. © LWB/R. Lang

strategien des Acholi-Volkes, das von dem Konflikt zutiefst in Mitleidenschaft gezogen werde.

„Für jede Ursache eines Konflikts muss es eine ursächliche Lösung geben – eine Lösung, die allen Betroffenen Frieden bringt“, erklärte Noko. „Aus meiner kurzen Begegnung mit leitenden Vertretern der LRA habe ich gelernt,

Unterschiedliche Mechanismen zur Schaffung von Gerechtigkeit in Afrika zusammenbringen

Tripolis (Libyen)/Genf, 30. August 2007 (LWI) – „Wir wollen Frieden“, betont Margaret Arach Orech, Überlebende einer Landminenexplosion. Wie viele andere Frauen in Uganda auch ist sie bereit, den Schuldigen zu vergeben. Orech geriet im Dezember 1998 in Norduganda in einen Hinterhalt der „Widerstandsarmee des Herrn“ (The Lord's Resistance Army, LRA) und verlor bei der Explosion einer Landmine ihr rechtes Bein. Dieses Ereignis veränderte ihr ganzes Leben. Sie begann, sich aktiv in internationalen und regionalen Kampagnen für das Verbot von Landminen zu engagieren.

In ihrem Bericht an die Kommission der Interreligiösen Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA) schilderte Orech die Auswirkungen des Konflikts auf die Zivilbevölkerung. Seit nahezu 21 Jahren, so Orech, litten die Menschen in Norduganda und im südlichen Sudan unter dem Krieg, der viele verschiedene Formen annehme: Angriffe auf offener Strasse, Plünderungen von Dörfern, Entführungen von ZivilistInnen, einschliesslich Frauen und Kindern. All dies habe mehr als 1,8 Millionen Menschen zu Binnenvertriebenen gemacht.

Während ihrer Tagung in Tripolis nahm die 30-köpfige Kommission Berichte über die Arbeit des panafrikanischen interreligiösen Netzwerks entgegen. Auf ihrer Tagesordnung stand auch die Planung des Dritten IFAPA-Gipfels, der 2008 im Sudan stattfinden soll.

Orech, die selbst Mitglied der IFAPA-Kommission ist, berichtete, dass es in der Region gegenwärtig relativ ruhig sei und neue Hoffnung entstehe, seit die ugandische Regierung im April 2007 die Friedensgespräche mit der vom Südsudan aus operierenden LRA wieder aufgenommen habe. Sie rief dazu auf, mit Hilfe traditioneller Methoden der

dass sie offen dafür sind, mit Religionsvertretern und Religionsvertreterinnen nach einer solchen ursächlichen Lösung für den Konflikt in Norduganda zu suchen.“

Scheich Saleh Habimana, Mufti von Ruanda und Vorsitzender der Union muslimischer Räte für Ost-, Zentral- und Südafrika, betonte, der Dialog sei unabdingbare Voraussetzung für eine sichere Zukunft aller.

„Wo Unwissenheit herrscht, herrscht auch Misstrauen und manchmal Hass. Gegenseitiges Verständnis hingegen hat eine sehr heilsame Wirkung“, erklärte er in seiner Begrüssungsansprache.

Fehlendes Verständnis und Spaltung als Erbe der Kolonialherrschaft, der Sklaverei, des Rassismus und der Ausbeutung, so Habimana, stellten Afrika vor die Herausforderung, durch den Dialog Mittel und Wege zu finden, die einen Beitrag zur Entwicklung des Kontinents leisten würden.

(Ein Beitrag von LWI-Korrespondent Fredrick Nzwili aus Kenia, der an der Tagung der IFAPA-Kommission in Tripolis teilnahm.)

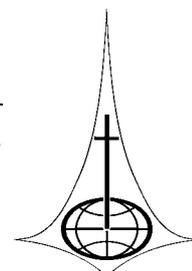
Konfliktlösung zu versuchen, den bewaffneten Aufstand der LRA gegen die ugandische Regierung zu beenden.

Internationale Interventionen hätten sich, so Orech, als Hindernis im laufenden Friedensprozess erwiesen. Sie verwies in dem Zusammenhang auf die Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs gegen LRA-Kommandeure, die für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für in Uganda von Juli 2002 an begangene Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen werden sollen.



Margaret Orech, IFAPA-Kommissionsmitglied und Botschafterin der Internationalen Kampagne gegen Landminen, präsentiert ihren Bericht. © LWB/R. Lang

Orech erkannte zwar die wichtige Rolle des Internationalen Strafgerichtshofs an – der die Aufgabe hat, einen Beitrag zur Beendigung der Straffreiheit für schwere Verbrechen, die die internationale Gemeinschaft erschüttern, zu leisten, – aber sie wies darauf hin, dass das Völkerrecht mit einigen der bestehenden Mechanismen zur Herstellung von Gerechtigkeit, einschliesslich der traditionellen Versöhnungsmechanismen des Acholi-Volkes in Uganda, in Konflikt stehe. Diese setzten voraus,



dass die LRA ihre Verbrechen bekennen, Reue zeigen, um Verzeihung und Vergebung bitten und Wiedergutmachung leisten müsse, erklärte Oreh. Dann könnten Opfer wie sie die Entschuldigung annehmen.

Die Teilnehmenden der Tagung in Tripolis diskutierten über die Frage der Straffreiheit für Verbrechen im Konflikt in Norduganda und kamen überein, dass die Nichtbestrafung der Schuldigen ein negatives Signal an die Welt senden würde. „Wir nehmen die Straffreiheit nicht stillschweigend hin“, erklärte die ugandische Abgeordnete Akiror Agnes Egunyu.

Der Initiator der IFAPA und Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfr. Dr. Ishmael Noko, bezeichnete die miteinander in Konflikt stehenden Mechanismen zur Herstellung von Gerechtigkeit als grosse Herausforderung für die Religionsgemeinschaften und forderte, dass Mittel und Wege gefunden werden müssten, um beide Sichtweisen zusammenzubringen. Er unterstrich jedoch auch, dass leitende ReligionsvertreterInnen stets die Aufgabe hätten, den Dialog zwischen allen Konfliktparteien in Gang zu bringen.

Die IFAPA-Kommission nahm weiterhin Berichte über andere ungelöste Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent entgegen. „Besonders beunruhigend ist, dass der Frieden in der ganzen Region noch nicht konsolidiert ist. Betroffen sind insbesondere Norduganda, der Osten der Demokratischen Republik Kongo und Burundi“, heisst es im Bericht von Pfr. Fred Nyabera, Geschäftsführender Direktor der Gemeinschaft christlicher Räte und Kirchen im Gebiet der Grossen Seen und des Horns von Afrika (FECCLAHA).

Er bezeichnete die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo im Jahr 2006 als Meilenstein, wies je-



Die ugandische Abgeordnete Akiror A. Egunyu. © LWB/R. Lang

doch zugleich darauf hin, dass infolge der bewaffneten Konflikte im Land – dem sogenannten Ersten Kongokrieg (1996-97) und dem Zweiten Kongokrieg (1998-2003) – noch viel zu tun bleibe. „Mehr als 4,3 Millionen Menschen haben ihr Leben in nur fünf Jahren verloren. Damit ist dies der Krieg, der seit dem Zweiten Weltkrieg die meisten Todesopfer gefordert hat. Aber die Weltöffentlichkeit hat diesen Genozid kaum zur Kenntnis genommen“, betonte er im Blick auf den zweiten Konflikt.

Nyabera forderte die religiösen Gemeinschaften dazu auf, sich aktiv für Konfliktmanagement und Friedensaufbau zu engagieren. „Wir können Heilung und Versöhnung bringen“, sagte er und wies auf die positiven Auswirkungen hin, die die Beteiligung von Religionsgemeinschaften an der Schulung und Mobilisierung von WahlbeobachterInnen bei den jüngsten Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo wie auch in der politischen Übergangsphase gehabt habe.

(Ein Beitrag des deutschen Journalisten Rainer Lang, der an der Tagung der IFAPA-Kommission teilnahm.)

ParlamentarierInnen wollen Zusammenarbeit für Frieden und Sicherheit in Afrika intensivieren

Tripolis (Libyen)/Genf, 7. September 2007 (LWI) – Afrikanische ParlamentarierInnen haben ihre Anerkennung für die Interreligiöse Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA) zum Ausdruck gebracht. Sie betonten die wichtige Rolle dieser panafrikanischen interreligiösen Gruppe, in der die verschiedenen Glaubenstraditionen des Kontinents

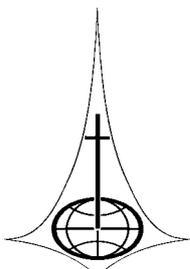


Die südafrikanische Abgeordnete Albertina Luthuli. © LWB/F. Nzwili

vertreten sind, bei „der Ausbreitung einer Botschaft der Hoffnung, der Heilung, des Glaubens und des Friedens“.

Die religiöse Gemeinschaft sei in einer sehr guten Position, um ParlamentarierInnen in ihrem Engagement für Frieden, Sicherheit und moralische Erneuerung zu unterstützen, erklärte die südafrikanische Abgeordnete Albertina Luthuli den Mitgliedern der IFAPA-Kommission in Tripolis (Libyen). Sie erinnerte an den gemeinsamen Beitrag, den Religionsgemeinschaften und ParlamentarierInnen in einigen der von Konflikten heimgesuchten Regionen im Gebiet der Grossen Seen geleistet hätten.

Luthuli wies ebenfalls darauf hin, dass die IFAPA die zentrale Aufgabe habe, an der Herstellung von Partnerschaften mitzuwirken, in denen Männer und Frauen gleichberechtigt zusammenarbeiten könnten. Weiterhin könne sie dabei helfen, Spaltungen, die durch unterschiedliche Sprachen und Religionen hervorgerufen und Afrika im Prozess der Kolonialherrschaft und Sklaverei aufgezwungen worden seien, zu überwinden.



Während einer Podiumsdiskussion zur „Rolle des Parlaments in Afrika heute“ bekräftigten Abgeordnete verschiedener afrikanischer Länder übereinstimmend die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit mit der IFAPA, einschliesslich der Möglichkeit, der IFAPA Beobachterstatus im Panafricanischen Parlament der Afrikanischen Union (AU) zuzuerkennen. „Wir alle arbeiten für Frieden und Sicherheit in ganz Afrika“, betonte Elhadj Diao Kantè, guineisches Mitglied des AU-Parlaments, das seinen Sitz im südafrikanischen Midrand hat.

Die Abgeordneten waren zu der Tagung in Tripolis eingeladen worden, auf der die Kommission den für 2008



CPWR-Vertreter Dr. Joseph Prabhu. © LWB/R. Lang

im Sudan geplanten Dritten IFAPA-Gipfel vorbereitete. Dabei wurde der Schwerpunkt auf die politischen Perspektiven für Stabilität in den verschiedenen Ländern und Regionen gelegt. IFAPA-Initiator Noko sprach vom Beginn einer neuen Beziehung.

Dr. Joseph Prabhu, Mitglied im Vorstand des Rates für ein Parlament der Weltreligionen (CPWR), der den interreligiösen Dialog weltweit fördert, hob die gemeinsamen Ziele der IFAPA und des CPWR hervor und sprach sich für eine stärkere Zusammenarbeit aus. Prabhu nahm an der IFAPA-Tagung als Beobachter teil und ging auf die Diskussionen über internationale und lokale Gerechtigkeitskonzepte, Katastrophen und Katastrophenhilfe, wirtschaftliche Gerechtigkeit und Menschenrechte ein, die er als einige der gemeinsamen Anliegen von IFAPA und CPWR bezeichnete. Er betonte, dass der CPWR sich auch für ausgegrenzte Religionen, wie den in vielen islamischen Ländern diskriminierten Bahaismus, einsetze.

Ferner wies er darauf hin, dass der erste Friedenspreis des CPWR an einen der in der IFAPA mitwirkenden leitenden Religionsvertreter verliehen worden sei, den ugandischen anglikanischen Bischof Baker M. Ocholla II. von der Acholi Religious Leaders' Peace Initiative (ARLPI), die sich aktiv für eine friedliche Lösung des Konflikts in Norduganda einsetzt.

(Ein Beitrag von Rainer Lang.)

Afrikas Image wandelt sich

Tripolis (Libyen)/Genf, 7. September 2007 (LWI) – Neben hungernden afrikanischen Kindern und anderen stereotypen Bildern sieht man immer öfter neue positive Bilder von dem Kontinent, die Hoffnung und Entwicklung zum Ausdruck bringen.

„Die ersten Jahre des neuen Jahrtausends haben gezeigt, dass es Hoffnung gibt“, berichtete Pär Stenbäck, ehemaliger finnischer Aussenminister, den Mitgliedern der Kommission der Interreligiösen Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA) in Tripolis (Libyen). Viele afrikanische VerantwortungsträgerInnen stellten sich der Herausforderung, für den Frieden nicht nur in ihrem Land, sondern auch in anderen afrikanischen Ländern zu arbeiten.

Stenbäck löste mit seinem Vortrag über „Bilder Afrikas und die Zukunft des Kontinents“ eine lebhafteste Debatte aus. Er zitierte Statistiken, nach denen die Zahl der weltweiten Konflikte in den ersten fünf Jahren des neuen Jahrtausends von 66 auf 56 abgenommen habe. Der grösste Rückgang, so Stenbäck, sei in Afrika südlich der Sahara zu verzeichnen, wo die Zahl der Konflikte von 13 auf fünf zurückgegangen sei.

„Meiner Meinung nach zeigen die Statistiken, dass die Friedensbemühungen Riesenerfolge zu verzeichnen haben. Sie machen deutlich, dass in einigen Regionen Afrikas, die in den letzten Jahrzehnten die schlimmsten menschlichen Tragödien erlebt haben, unbestreitbare Fortschritte in der Konfliktlösung erzielt wurden“, erklärte Stenbäck, Mitglied der 30-köpfigen IFAPA-Kommission und ehemaliger Gene-



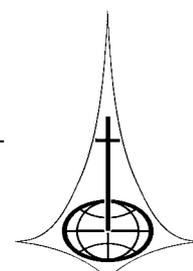
Der ehemalige finnische Premierminister Pär Stenbäck betonte, dass die Friedensbemühungen in Afrika riesige Erfolge zu verzeichnen haben.

© LWB/F. Nzwili

ralsekretär der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften.

Stenbäck wies darauf hin, dass die Konflikursachen zwar noch nicht überwunden seien. Es würden jedoch verstärkte Anstrengungen auf afrikanischer wie weltweiter Ebene unternommen, um Konflikte zu stoppen und deren neuerliches Aufflammen zu vermeiden. „In vielen Ländern entwickelt sich die zivilgesellschaftliche Friedenskompetenz sehr schnell“, betonte Stenbäck.

Bischof Sumoward E. Harris von der Lutherischen Kirche in Liberia sprach ebenfalls von einem Wandel in Afrika, der vor allem damit zusammenhänge, dass afrikanische Machthaber, die ihrem Volk nicht rechen-





Der liberianische lutherische Bischof Sumoward E. Harris.
© LWB/F. Nzwili

schaftspflichtig gewesen seien, allmählich von der Bühne abträten. Harris erklärte im Gespräch mit der Lutherischen Welt-Information (LWI), sein Land habe seit dem Ende des Bürgerkrieges 2003 und dem Übergang zu einer demokratisch gewählten Regierung Ende 2005 mit Hilfe leitender ReligionsvertreterInnen ungeheure Fortschritte auf dem Weg zu Frieden und Stabilität gemacht.

„Liberia ist auf einem guten Weg. Der Krieg ist vorbei und die Regierung führt Wiederaufbauprogramme

durch, die die Armut bekämpfen und Nachhaltigkeit anstreben“, betonte er.

Stenbäck ging in seinem Vortrag auch auf einige der langjährigen ungelösten Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent ein. Er rief leitende ReligionsvertreterInnen auf, ihre Stimme zu erheben und zu verkünden, dass friedliche Lebensbedingungen mehr als nur Frieden brächten. Sie führten auch zu Wohlstand und Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft.

Mit Blick auf die Krise im Westsudan erklärte Stenbäck: „Der Konflikt in Darfur hat auf den Tschad übergegriffen, wo 200.000 Flüchtlinge aus Darfur in Lagern leben und 90.000 Menschen im eigenen Land vertrieben wurden. Wir sehen das Menetekel an der Wand. Wenn ein Konflikt nicht rechtzeitig beigelegt wird, breitet er sich aus und macht auch vor nationalen Grenzen nicht halt“, sagte er.

Einige Delegierte wiesen besorgt darauf hin, dass die blutigen Kriege mit Waffen geführt würden, die die westliche Welt geliefert habe. „Die Waffen bringen Armut und töten“, erklärte die ugandische Abgeordnete Akiror Agnes Eguny. „Aber mit dem Waffenhandel werden Geschäfte gemacht“, fügte sie hinzu.

(Ein Beitrag von LWI-Korrespondent Fredrick Nzwili.)

Interreligiöse Konferenz endet mit Bekenntnis zu Heilung und Versöhnung

Tripolis (Libyen)/Genf, 7. September 2007 (LWI) – In einem Sechs-Punkte-Aktionsplan haben VertreterInnen von Afrikas sieben Glaubenstraditionen erneut ihre Absicht und Bereitschaft bekundet, gewalttätige Konflikte in Afrika zu verhüten, konstruktiv damit umzugehen, sie zu lösen und so das negative Image des Kontinents zu verändern. Auf ihrer Tagung Ende August in Tripolis (Libyen) unter der Schirmherrschaft der Interreligiösen Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA) bekräftigten sie gemeinsam ihre Entschlossenheit, sich in den laufenden Friedensprozessen für Heilung und Versöhnung einzusetzen.

Obwohl die IFAPA-Kommission auf ihrer zweiten Tagung Solidaritätsbesuchen in Burundi, Eritrea und Äthiopien, Norduganda, Somalia und der Demokratischen Republik Kongo Priorität einräumte, ersuchte Pfr. Amegah Kwaku, Präsident der konfessionellen lutherischen Kirchen im französischsprachigen Afrika, um die Entsendung einer interreligiösen Friedensdelegation nach Togo, da die Spannungen in dem Land zugenommen und grosse Besorgnis unter den KirchenleiterInnen ausgelöst hätten.

„Sie müssen zu uns kommen und mit den politisch Verantwortlichen über die gewaltfreie Abhaltung von Wahlen reden. Sie könnten das hervorheben, was die Kirchen schon lange sagen: wenn keine Gewalt herrscht, wird es Frieden geben“, schlug Kwaku vor.

In dem westafrikanischen Land sind allgemeine Wahlen geplant, aber es ist noch kein fester Termin dafür



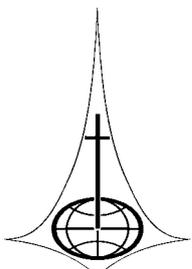
Yvette Kloussey arbeitet für das togolesische Fernsehen und war eine der MedienvertreterInnen, die an der IFAPA-Tagung teilnahmen. © LWB/F. Nzwili

vorgesehen. Die Angst vor Gewalt ist mit den wachsenden Spannungen zwischen der Regierungskoalition und der Opposition gestiegen.

* [Die Versammlung des Togoischen Volkes (RPT) gewann Mitte Oktober die Parlamentswahl in dem westafrikanischen Land. Internationale BeobachterInnen der Afrikanischen Union und der EU bezeichneten die Wahl als frei und korrekt.]

Ein sensibles Gleichgewicht herstellen

Die durch den äthiopisch-eritreischen Grenzkonflikt um die Ortschaft Badme ausgelösten Spannungen geben den leitenden ReligionsvertreterInnen nach wie vor



Anlass zur Sorge. „Wenn eine Reise nach Eritrea und Äthiopien geplant wird, muss auf ein sensibles Gleichgewicht geachtet werden. Falls die IFAPA dorthin geht, sollte sie den zwei Konfliktparteien einen Vorschlag unterbreiten, der beiden das Gefühl gibt, gewonnen zu haben“, erklärte Pfr. Iteffa Gobena, Präsident der Äthiopischen Evangelischen Kirche Mekane Yesus.



Pfr. Iteffa Gobena, Präsident der Äthiopischen Evangelischen Kirche Mekane Yesus. © LWB/F. Nzwili

Pfr. Leonard Amos Mtaita von Evangelisch-Lutherischer Kirche in Tansania forderte die Mitglieder der IFAPA-Kommission auf sicherzustellen, dass die Solidaritätsbesuche in Konfliktgebieten Treffen mit ranghohen RegierungsvertreterInnen einschliessen.

Bischof Sumoward E. Harris von der Lutherischen Kirche in Liberia betonte, die Strategie solcher Begegnungen sei sehr effektiv, wie der Besuch einer IFAPA-Delegation vor den allgemeinen Wahlen 2005 in Liberia gezeigt habe.

Als die leitenden afrikanischen ReligionsvertreterInnen nach Liberia gekommen seien, hätten sie gute Ratschläge gegeben. Ihr Besuch habe grosse Wirkung gezeigt, so Harris. „Wir ergreifen jetzt selbst die Initiative, um das, was die IFAPA uns geraten hat, auf lokaler Ebene umzusetzen. Das heisst, dass wir – egal, was auch passiert – niemanden mehr von ausserhalb brauchen, um die Vorschläge der IFAPA umzusetzen“, erklärte Harris, der selbst Mitglied der IFAPA-Kommission ist.

Kommissionsmitglied Kjell Magne Bondevik, ehemaliger Premierminister Norwegens, der ein Papier mit dem Titel „Partei politik und Koalitionsregierungen“ vorgelegt hatte, brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass



Kjell Magne Bondevik. © LWB/F. Nzwili

Koalitionen gut für die Demokratie seien. „In einer Koalition müssen verschiedene Meinungen und Interessen berücksichtigt und Kompromisse geschlossen werden. Eine einzelne Gruppe darf nicht dominieren. Das ist vom Prinzip her demokratisch gedacht und steht in völligem Gegensatz zu dem Gedanken, dass einer das Sagen hat.“

Seit der Gründung der IFAPA 2002 war dies die erste Tagung in Nordafrika. Gastgeberin war die World Islamic Call Society mit Sitz in Tripolis, organisatorisch wurde sie von der Union der Muslimischen Räte für Ost-, Zentral- und Südafrika unterstützt. An der Tagung nahmen die Mitglieder der IFAPA-Kommission, libysche RegierungsvertreterInnen, ParlamentarierInnen aus verschiedenen afrikanischen Ländern, BeobachterInnen aus Europa und Nordamerika sowie MedienvertreterInnen teil.



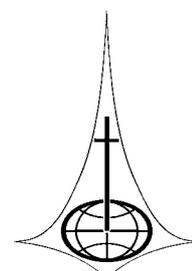
Von li. nach re.: Die Koordinatorin für die nordische Region des IFAPA-Frauenreferats, Carin Gardbring, IFAPA-Kommissionsmitglieder Lucretia Warren (Bahaismus) und Hounon H. Robert (Afrikanische traditionelle Religion) sowie der tansanische lutherische Pfarrer Pfr. Leonard A. Mtaita. © LWB/F. Nzwili

Friedenserziehung

„Wir haben einen langen Weg zurückgelegt, seit die IFAPA vor fünf Jahren gegründet wurde“, lautet das Fazit von Pfr. Dr. Ishmael Noko, IFAPA-Initiator und Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB). „Von einer Initiative, an der nur leitende Religionsvertreter und Religionsvertreterinnen sowie Gemeinschaften beteiligt waren, sind wir zu einer Partnerschaft zwischen Religionsgemeinschaften, dem Privatsektor und politischen Führungskräften gelangt. Ich hoffe, dass die IFAPA in den kommenden Jahren das Stadium erreicht, in dem Friedenserziehung in dieser neuen Partnerschaft als gemeinsame Verantwortung verstanden wird“, so Noko.

Auf die Frage nach einer möglichen Intervention der IFAPA in seinem eigenen Land, Simbabwe, das gegenwärtig eine tiefe politische und wirtschaftliche Krise durchlebt, erklärte Noko im Gespräch mit Lutherischen Weltinformation: „Die IFAPA begrüsst die von der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz (AACC) ergriffenen Initiativen und jede Intervention würde in Zusammenarbeit mit der AACC und auf deren Initiative erfolgen. Was die IFAPA in diesem Zusammenhang als ‚Mehrwert‘ bieten kann, ist die interreligiöse Perspektive, die die islamische und andere Glaubensgemeinschaften in Simbabwe einbezieht.“

(Ein Beitrag von LWI-Korrespondent Fredrick Nzwili.)



FEATURE: Kambodschas Minenfelder werden zu Obst- und Gemüsegärten

LWB leistet Unterstützung beim Wiederaufbau von Existenzgrundlagen

Phnom Penh (Kambodscha)/Genf, 26. Oktober 2007 (LWI) – Morm Saveurn, seine Frau Mou Ly Viseth und ihre sechs Kinder leben im Dorf Kam Prong in einem entlegenen Teil der Provinz Battambang im Nordwesten Kambodschas. Der 46-jährige Saveurn ist Soldat. Nach den politischen Unruhen im Juli 1997 kamen er und seine Frau (die früher selbst zur Armee gehörte) aus der Hauptstadt Phnom Penh in sein Dorf zurück.

Ihr Zuhause ist ein ehemaliges Schlachtfeld, auf dem sich Truppen der Roten Khmer und der vietnamesischen und kambodschanischen Regierung bekämpften. Nach aktuellen Schätzungen gibt es vier bis sechs Millionen Landminen und scharfe Munition (unexploded ordnances, UXOs), die über das ganze Land verstreut sind und eine grosse Gefahr für Leben und körperliche Unversehrtheit der Menschen sowie für den wirtschaftlichen Wiederaufbau darstellen.

Nach Angaben der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen (ICBL) wurden in Kambodscha die ersten Landminen während des Indochinakriegs Mitte der 1960er Jahre verlegt. Unter der Diktatur des „Demokratischen Kampuchea“ (1975 bis 1979) setzten die Roten Khmer Landminen in grossem Stil sowohl zu militärischen Zwecken als auch zur Kontrolle der Zivilbevölkerung ein. Nach



In Kambodscha leben rund 40.000 Landminenopfer, denen Gliedmassen amputiert werden mussten. Das LWB/AWD-Länderprogramm unterstützt die Minenräumung, damit Familien wieder ohne Angst leben können. © FCA

dem Sturz der Roten Khmer und dem anschliessenden Bürgerkrieg nahm der Einsatz von Landminen zu und dauerte bis in die 1990er Jahre an. Am meisten betroffen von den Kämpfen waren die nordwestlichen Provinzen. Die demokratischen Wahlen 1993 läuteten eine Periode relativer Normalität ein und viele Flüchtlinge und Binnenvertriebene kehrten nach und nach zurück und wollten sich auf ihrem ehemaligen Grund und Boden niederlassen.

1999 ratifizierte Kambodscha das Abkommen zum Verbot von Landminen, in dem sich die Vertragsstaaten verpflichten, Anti-Personenminen so bald wie möglich, aber spätestens bis zum 1. Januar 2010 aus verminten Gebieten, die unter ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle stehen, zu räumen. Die kambodschanische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, das Land bis 2012 von Landminen und UXOs zu befreien, aber es ist ein äusserst mühseliger Prozess, der dadurch erschwert wird, dass viele verminte Gebiete bis heute nicht markiert oder eingezäunt sind.

Zu den wichtigsten Minenräumteams im Land gehört die Mines Advisory Group (MAG), eine Nichtregierungsorganisation (NGO) mit Sitz in Grossbritannien, deren Arbeit in Kambodscha vom zuständigen Länderprogramm der Abteilung für Weltdienst (AWD) des Lutherischen Weltbundes (LWB) unterstützt wird. Dank der Partnerschaft

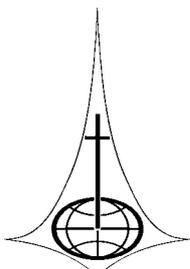
von MAG und LWB/AWD konnten in den vergangenen fünf Jahren nahezu 320 Hektar (3,2 Quadratkilometer) Land in der Provinz Battambang von Landminen geräumt und den Dorfbewohnerinnen zur Nutzung übergeben werden.



Morm Saveurn zeigt, wo er auf seinem Acker eine Landmine gefunden hat. © MAG/Y. Maly

Minenopfer in Zeiten des Friedens

Seit der Einstellung der Feindseligkeiten 1997 wurden in ganz Kambodscha rund 40.000 Menschen durch Anti-Personenminen verstümmelt. Zwischen Januar 2004 und August 2005 wurden allein in der Provinz Battambang 458 Todesfälle registriert. Das kambodschanische Minen/UXO-Opfer-Informationssystem meldete für die erste Hälfte dieses Jahres



232 Opfer im ganzen Land – 28 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Saveurn gehört zu den mehr als 85 Prozent der 13,9 Millionen KambodschanerInnen, die trotz der von unentdeckten Landminen ausgehenden Gefahr in ländlichen Gebieten leben und Landwirtschaft für den Eigenbedarf betreiben. „Wir alle hier im Dorf fühlen uns nicht sicher. Minen und UXOs stellen uns vor grosse Probleme.“

Saveurns Familie hat bisher Glück gehabt, aber das Risiko, getötet oder verletzt zu werden, ist weiterhin sehr hoch. „In den letzten Jahren hatten acht Menschen aus dem Dorf Unfälle mit Landminen; bei sieben von ihnen mussten Gliedmassen amputiert werden“, berichtet Saveurn.



Drei Kinder von Saveurn und Viseth – jetzt können sie wieder sicher und ohne Angst spielen. © MAG/Y. Maly

Ausbildung für Minenräumung

Minenräumung setzt einen Konsultationsprozess zwischen DorfbewohnerInnen und Minenräumpartnern voraus. Sobald die von den Dörfern gemachten Vorschläge genehmigt sind, so Mey Sarun, LWB/AWD-Projektleiterin in Battambang, wähle AWD-Kambodscha vor Ort geeignete KandidatInnen aus und bilde sie für die Arbeit aus.

Im Rahmen der Initiative „Minenräumung in Ortschaften“ beschäftigt die MAG DorfbewohnerInnen und ermöglicht es ihnen so, nicht weit weg von Zuhause eine Arbeit zu finden und ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Zu den Minenräumarbeiten gehört Unterholz zurückschneiden, Minen mit Hilfe verschiedener Werkzeuge und Detektoren aufspüren, kleinere Minen und Munition zur Explosion bringen.

Die vor Ort eingesetzten AWD-MitarbeiterInnen, sogenannte „Community Empowerment Facilitators“ (CEFs), arbeiten eng mit den Familien und Gemeinschaften zusammen, die in minenverseuchten Gebieten leben. Zu ihren Aufgaben gehört es, den Menschen Vertrauen zu geben, sie auszubilden und handlungsfähig zu machen, damit sie ihre bürgerlichen Rechte ausüben können. Mit Hilfe der CEFs planen und realisieren die DorfbewohnerInnen Projekte, die Ernährungssicherheit schaffen sollen, Ausbildungs- sowie HIV und AIDS-Programme. Bevor jedoch die Entwicklungsprioritäten in Angriff genommen werden können, müssen ganze Landstriche von Minen geräumt werden.



Projektleiterin Mey Sarun.
© LWB/AWD-Kambodscha/M. Busch

Allein im Dorf Kam Prong hat die MAG mit Mitteln, die das kirchliche Hilfswerk FinnChurchAid aus Finnland über den LWB zur Verfügung gestellt hat, 5,86 Hektar Land im Zeitraum April bis Juni 2007 von Minen befreit. 29 Familien können dieses Land jetzt wieder

besiedeln und dort in Sicherheit leben. In der Provinz Battambang haben von Januar 2003 bis Mitte 2007 insgesamt rund 8.400 Familien, denen 42.000 Männer, Frauen und Kinder angehören, von den Minenräummassnahmen des LWB und der MAG profitiert.

Obst- und Gemüseanbau

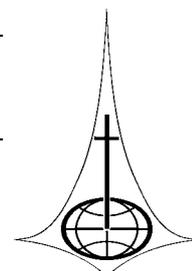
Saveurn hat grosse Hoffnungen, aber auch seine Angst ist noch nicht ganz gewichen. „Sobald die MAG dieses Minenfeld geräumt hat, will ich Obst anbauen. Von Juli bis Oktober pflanze ich Sojabohnen und von Januar bis April andere Bohnen an. Ich baue auch Kohl, Gurken, Chili und Auberginen an. Aber ich habe immer noch grosse Angst vor den Minen, die auf den übrigen, noch nicht geräumten Feldern vergraben sind.“

Er ist dankbar für die Arbeit, die Organisationen wie MAG und LWB/AWD in den Dörfern leisten. „Wenn [das Land] geräumt ist, können wir auf den Feldern wieder Obst und Gemüse anbauen, ohne dass wir Angst haben müssen, von Landminen getötet oder verletzt zu werden.“

Saveurns Frau Viseth erzählt, wie ihre Kinder auf die Minenräumung reagieren. „Sie sind jetzt so glücklich, weil sie wissen, dass ein Teil unseres Landes von Minen geräumt ist und dass sie dort wieder ohne Probleme spielen können.“

LWB stärkt Gemeinschaften

Für die zweite Hälfte des Jahres 2007 plant AWD-Kambodscha, weitere 73,7 Hektar Land von Minen zu räumen. Dadurch würde die seit Anfang 2003 geräumte Gesamtfläche auf nahezu 400 Hektar (vier Quadrati-



lometer) steigen. Der Einsatz mechanischer Hilfsmittel seit Juni 2005 macht die Räumungsarbeiten erheblich effizienter: die Minenräumteams schaffen seither täglich schätzungsweise 57 Quadratmeter im Vergleich zu rund 30 Quadratmetern ohne Hilfsmittel.

Das LWB/AWD-Länderprogramm für Kambodscha, das 1979 eingerichtet wurde, legt den Schwerpunkt seiner Arbeit auf nachhaltige Entwicklung und die Stärkung benachteiligter Gruppen, wie mittellose Bauern und Bäuerinnen, alleinerziehende Mütter, Familien ohne Grundbesitz, Rückkehrende, Binnenvertriebene, Jugendliche

auf dem Land sowie Menschen mit HIV und AIDS in abgelegenen Gegenden. Hinzu kommt ein integrierter Ansatz in der Entwicklungs- und anwaltschaftlichen Arbeit, der die Menschen dazu befähigt, sich ihrer Rechte bewusst zu werden und diese einzufordern.

(Beitrag der Kommunikationsabteilung des LWB/AWD-Länderprogramms in Kambodscha.)

Dieser Beitrag gehört zu einer Feature-Serie der Lutherischen Welt-Information (LWI) zum Thema der Zehnten LWB-Vollversammlung 2003 „Zur Heilung der Welt“.

„Aus Vertrauen Brücken bauen“ – 300 Jahre lutherischer Gottesdienst in Genf

Mit einem Jubiläumsfest hat die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf Ende August/Anfang September das Jubiläum „300 Jahre lutherischer Gottesdienst in Genf“ begangen. Höhepunkt der zweiwöchigen Feierlichkeiten der ältesten Auslandskirche in Genf war ein Festakt am 28. August – auf den Tag 300 Jahre nachdem LutheranerInnen im Jahr 1707 ihren ersten Gottesdienst in Genf feiern konnten. Bereits am Wochenende zuvor endete ein internationaler Festgottesdienst in der reformierten Madeleinekirche in Genf mit einem „lebendigen Brückenschlag“ zur nahe gelegenen lutherischen Kirche und mündete in ein grosses Strassenfest, zu dem auch die Genfer Bevölkerung eingeladen war.

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, betonte am Samstag, 8. September, in einem Vortrag zum Thema „Reformatrischer Konsens und ökumenische Profile“ im Rahmen des zweiten Festwochenendes, dass die institutionelle Abgrenzung der Kirchen voneinander an Bedeutung verliere. Ihr Zeugnis in Wort und Tat ziehe die Aufmerksamkeit auf sich. Huber machte deutlich, im Gespräch zwischen den christlichen Kirchen seien drei Aspekte aufzunehmen: die Ökumene der Spiritualität, die Ökumene des wechselseitigen Respekts, die Ökumene des gemeinsamen Handelns.

Die Gründung der lutherischen Kirche in Genf geht auf die Aufhebung des Toleranzedikts von Nantes (1685) zurück. Im Rahmen der zweiten hugenottischen Flüchtlingswelle verloren auch viele LutheranerInnen ihre Gottesdienststätten in Frankreich. Mit Unterstützung von König Friedrich I. von Preussen ersuchten deutsche Kaufleute aus Lyon den Genfer Magistrat um Erlaubnis, lutherische Gottesdienste abhalten zu dürfen. Dem wurde bereitwillig stattgegeben. 60 Jahre später wurde das Patrizierhaus am

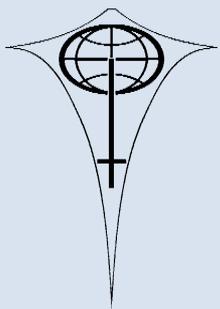


Mit einem „lebendigen Brückenschlag“ stellen hunderte Gemeindeglieder eine Verbindung zwischen der reformierten Madeleinekirche im Stadtzentrum von Genf und der nahe gelegenen lutherischen Kirche am Place Bourg-de-Four her. © Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf

Genfer Place Bourg-de-Four zum heutigen Kirchengebäude ausgebaut.

Die 1707 als deutschsprachige Gemeinde gegründete lutherische Kirche hat sich inzwischen zu einer offenen aktiven Kirchengemeinschaft entwickelt. 1954 wurde aus der Deutschen Lutherischen Kirche in Genf die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf. Englischsprachige und skandinavische Gemeinden wurden in die Kirche aufgenommen. In den beiden sonntäglichen Gottesdiensten versammeln sich heute ChristInnen unterschiedlichster Konfessionen aus 50 Ländern. Die Kirche ist Mitglied des Bundes Evangelisch-Lutherischer Kirchen in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein und damit auch Mitglied des Lutherischen Weltbundes (LWB).

Weitere Informationen zu den lutherischen Gemeinden in Genf finden Sie unter: www.luther-genf.ch (deutschsprachig) oder www.genevalutheran.ch (englischsprachig).



Herausgegeben von:
Lutherischer Weltbund
150, route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2, Schweiz
Telefon +41/22-791 61 11
Fax +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org